

Steffen Groß

Die Lausitz und ihre Perspektive(n) Eine institutionenökonomische Betrachtung

Vorbemerkung

Wenn wir vom ‚Wandel‘ einer Region sprechen, dann müssen wir unsere Aufmerksamkeit auch auf jene richten, die diesen Wandel einerseits gestalten, die ihn andererseits aber auch so manches Mal ertragen müssen. Menschen tragen durch ihre Lebensführung, durch ihre Wünsche, Ziele, aber auch Ängste immer zu Veränderungen bei – als Menschen können wir gar nicht anders, als unsere Umgebung zu verändern. Wir sind also ohne Zweifel die Subjekte, die Gestalter von Veränderungsprozessen. Andererseits jedoch sind wir zugleich die Objekte solcher Prozesse, die uns in unserem individuellen Lebensentwurf zu Anpassungen zwingen. Manches Mal müssen wir Wandel regelrecht erleiden und nicht immer fällt uns dies leicht.

Diese recht eigenartige Verschränkung von Subjekt und Objekt in Prozessen des Wandels, des aktiven Gestaltens und des passiven Hinnehmens von Veränderungen, ist für die kulturwissenschaftliche Analyse eine große Herausforderung. Insbesondere die Volkswirtschaftslehre tut sich schwer damit, denn die bevorzugt verwendeten quantitativen und häufig auch linearen Modelle bekommen eine ganze Reihe von grundlegenden Phänomenen nicht in den Blick. Dies ist beileibe kein rein akademisches oder theorieimmanentes Problem: Praktische Gestaltungsprozesse und somit unsere Lebensverhältnisse hängen zu einem nicht unbeträchtlichen Teil von unseren Begriffen und Theorien ab, denn mit diesen Mitteln versuchen wir, die uns umgebende Wirklichkeit zu begreifen und dieses Begreifen wiederum strukturiert unser praktisches Handeln vor. Die ja auch sprichwörtlich gewordene Trennung von „grauer Theorie“ einerseits und „lebendiger Praxis“ andererseits halte ich für künstlich und in ihren praktischen Konsequenzen für meist sehr problematisch. Beide Seiten hängen stärker miteinander zusammen, als uns dies in der Regel im Alltag bewusst wird – auch Arbeit an und mit Theorien ist eine Form von Praxis und jedes praktische Handeln basiert auf ihm vorausliegenden theoretischen Überzeugungen. Das gilt auch dann, wenn uns die Leitung durch Theorien in der konkreten Handlungssituation gar nicht bewusst ist.

Wenn wir also auf der theoretischen Ebene den Menschen und sein Handeln nur bruchstückhaft oder verzerrt wahrnehmen, dann folgen daraus entsprechend defizitäre Handlungsanweisungen und Politikmuster. Die dominierende Wirtschaftstheorie und -politik ist für diesen Zusammenhang ein eindringliches Beispiel. Jahrelang ist den Transformationsökonomien in Ostdeutschland, aber auch in den osteuropäischen Staaten, eine einseitig quantitative Wachstumsstrategie empfohlen worden in der Hoffnung, dass sich alle anderen Entwicklungsprobleme dann schon irgendwie von selbst lösen würden. Das Stichwort dazu war „selbsttragender Aufschwung“. Lange, zu lange, ist vom Primat der ökonomischen Leistungsfähigkeit einer Region ausgegangen worden. Wenn diese gesteigert werde, dann könne sich diese Region auch alles andere leisten. Dass die wirtschaftliche Leistungskraft im engeren Sinne einer Region aber wiederum von einer Vielzahl kultureller Faktoren abhängt, wird in einem solchen linear-mechanistischen Weltbild nicht sichtbar.

Entwicklung vs. Wachstum. Die institutionenökonomische Alternative

Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die die Welt im Grunde schon seit dem Sommer 2007 erlebt, hat sich zu einer handfesten grundsätzlichen Orientierungskrise ausgewachsen. Zunehmend wird auch der Anteil der Wirtschaftstheorie am Desaster diskutiert. War es nicht eine defizitäre Theorie, die zu praktisch-politischen Handlungsempfehlungen geführt hat, die uns geradewegs in eine ökonomische und politische Krise manövrierten? Die Kritik an der wirtschaftswissenschaftlichen Standardlehre kommt inzwischen beileibe nicht mehr nur von außen oder aus kleinen Zirkeln am Rande des Fachs. Sie hat sich mitten ins Zentrum verlagert. Ein Beispiel klarer Worte lieferte z. B. Paul Krugman, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften des Jahres 2008. Im Juni vergangenen Jahres sagte Krugman in seiner jährlichen Vorlesung an der London School of Economics and Political Science: Ich befürchte, „that most macroeconomics of the past 30 years was spectacularly useless at best, and positively harmful at worst“¹. Und noch eine seiner Formulierungen zum Verhältnis von Theoriebildung und Wirtschaftspolitik: „Some people say that our economic problems are structural, with no quick cure available; but I believe that the only important structural obstacle to world prosperity are the obsolete doctrines that clutter the minds of men.“²

Unabhängig davon, ob man nun solche radikalen und in gewisser Weise pauschalen Thesen teilt, besteht wohl die berechtigte Hoffnung, dass wir zu Theoriebausteinen kommen, die aufgeschlossener sind für Komplexität und Vielfalt und die in der Lage sind, den Menschen in seiner Widersprüchlichkeit an- und aufzunehmen, um auf dieser Grundlage zu angemesseneren Handlungsstrategien zu gelangen.

Die sog. Neue Institutionenökonomik (oder ökonomische Analyse von Institutionen) ist so ein Ansatz, der m. E. gut in der Lage ist, den Wandel von Regionen und das Handeln bzw. Betroffensein der Menschen darin zu verstehen. Die traditionelle Wachstumstheorie hat den „wirtschaftlichen Erfolg“ einer Region bislang weitgehend ohne Berücksichtigung der institutionellen Arrangements gesehen. Das Hauptaugenmerk lag hier nahezu ausschließlich auf der sog. Ökonomischen Faktorausstattung, d. h. auf der Verfügbarkeit und Menge der Faktoren Arbeit, Kapital und – in neueren Ansätzen auch – sog. Humankapital, d. h. vor allem wirtschaftlich relevante Qualifikationen und Wissen. Es hat sich aber nicht erst seit der großen Krise gezeigt, dass dies nicht mehr genügt. Normen, Sitten, Einstellungen, mentale Prägungen, Wahrnehmungen der eigenen Situation sind in hohem Maße verhaltensbestimmend und handlungskanalierend. Die bisherige Konzentration auf einen recht mechanistischen, quantitativen Wachstumsbegriff wird daher zugunsten eines breit gefassten Konzepts von Entwicklung mit stark qualitativen Zügen aufgegeben.

Die wohl wichtigste Annahme der Institutionenökonomik lässt sich deshalb ungefähr so formulieren: Die Entwicklungsperspektiven und die Dynamik des Wandels einer Region hängen maßgeblich von den jeweils gültigen Institutionen ab. Besonders wichtig in diesem Zusammenhang sind die „Eigentumsrechte“ (property rights). Von ihnen hängen aus Sicht der Ökonomik die Bereitschaft zu investieren, sich zu spezialisieren (Spezialisierung bedeutet schließlich immer das Eingehen eines erhöhten Risikos), sich auf die Region dauerhaft einzulassen, nachhaltig ab. „Eigentumsrechte“

¹ Paul Krugman, The other-worldly philosophers, in: The Economist, Vol. 392, No. 8640, July 18th 2009, S. 70–72, hier S. 70.

² Paul Krugman, The Return of Depression Economics and the Crisis of 2008, New York 2009, S. 191.

sind, wenn man so will, operationalisiertes soziales Vertrauen. Daran mangelt es in der Lausitz teils erheblich und ich komme auf dieses Problem unterentwickelten sozialen Vertrauens und der daraus sich ergebenden Konsequenzen gleich zurück.

Die zweite, sich daran anschließende These lautet: Die Möglichkeiten, entwicklungsfördernde institutionelle Arrangements politisch durchsetzen zu können, werden durch die kulturelle Prägung der jeweiligen Region beschränkt. Das heißt, um mit einer Entwicklungsstrategie Erfolg zu haben, müssen die Bewohner einer Region „mitgenommen“ werden, die Vorhaben müssen von ihnen mitgetragen werden und in ihr kulturelles Wertemuster hineinpassen. Auch das ist ein Problem in der Lausitz: Bestimmte Großtechnologien und Wirtschaftszweige sind in ihrer Akzeptanz höchst umstritten. Douglass North, einer der Vordenker des institutionenökonomischen Ansatzes fasste den Zusammenhang treffend zusammen: „Obwohl formale Regeln als Folge politischer oder juristischer Entscheidungen über Nacht geändert werden können, sind informelle Beschränkungen, die in Gewohnheiten, Traditionen und Verhaltenskodizes verankert sind, einer planvollen Politik praktisch entzogen.“³

Damit kommen wir zum Begriff der ‚Institution‘ und seiner Verwendung im Rahmen dieses Ansatzes.⁴ Im Alltagsverständnis haben wir, wenn wir das Wort „Institution“ hören, sofort repräsentative Verwaltungsgebäude, Universitäten, Museen, Theater usw. vor Augen. Wir sprechen ja auch von Bildungsinstitutionen, Gesundheitsinstitutionen, kulturellen Institutionen und dergleichen. Für uns Wirtschaftstheoretiker sind jedoch nicht die unmittelbar sichtbaren geistig-kulturellen Verhältnisse von Interesse, sondern das, was hinter den Fassaden geschieht und wie sich dieses Geschehen auswirkt. Und so bezeichnen wir als „Institutionen“ alle formalen wie auch informellen Regeln, die unser Handeln (nicht allein in wirtschaftlicher Hinsicht) bestimmen und ihm eine erkennbare Richtung geben, auf die sich andere beziehen können. Handeln hat schließlich immer auch Antwortcharakter. Allgemein lässt sich sagen, dass Institutionen in Form von Regeln einen Konformitätsdruck auf das Handeln mit sich bringen. Konformität – um damit ein Stück weit Berechenbarkeit und Verlässlichkeit des Handelns zu erzeugen – ist die wesentliche Funktion von Institutionen. Wichtig ist, dass der Blick nicht nur auf die formellen Regeln gerichtet wird. Formelle Regeln sind leicht erfassbar, da sie z. B. in Gesetzen kodifiziert sind bzw. formalisierte Verfahrensabläufe beinhalten. Ein alltagspraktisches Beispiel für solche formellen Regelungen ist etwa die Straßenverkehrsordnung.

Mitunter zeitigen aber die informellen Regeln – man kann sie auch als ‚kulturelle Substrat‘ einer Region bezeichnen – wohl weitaus stärkere Konsequenzen. In informellen Regeln sind die Haltungen der Einwohner tradiert, ihre Selbst- und Umweltwahrnehmung, Traditionen, Gebräuche, die vielen ‚ungeschriebenen Gesetze‘, die nicht ungestraft übertreten werden dürfen. Diese informellen Regeln sind für die kulturwissenschaftliche Analyse sehr viel weniger zugänglich. Der Kulturwissenschaftler muss hier emphatisch vorgehen und ein hohes Maß an Sensibilität aufbringen. Daran zeigt sich auch, dass die Wissenschaften keineswegs die streng rationale und objektive Veranstaltung sind, als die sie sich gern darstellen. Wenn wir eine Region, ihr Gewordensein, ihre Gegenwart und ihre Perspektiven – d. h. ihren Wandel – verstehen

³ Douglass C. North, *Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung*, Tübingen 1992, S. 6 [Original: *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*, Cambridge 1990; ²2009].

⁴ John R. Searle, *What is an Institution?*, in: *Journal of Institutional Economics*, Vol. 1 (2005), No. 1, S. 1–22.

wollen, dann bedürfen wir unbedingt der narrativen Elemente, und zwar nicht nur als schmückendes Beiwerk, sondern im Zentrum der Untersuchungen.

Hinzu kommt: Wenn Douglass North (und andere) recht darin haben, dass Entwicklung und Wachstum sowohl von formellen als auch von informellen Regeln stark beeinflusst werden, dann ist es notwendig und sinnvoll, beide Seiten in ihren Zusammenhängen zu betrachten und das Verhältnis der verschiedenen Arten von Regeln zu beachten. Die Durchsetzbarkeit von Ideen und Maßnahmen hängt zum beträchtlichen Teil davon ab, ob sie zu den formellen und informellen Regeln kompatibel sind, d. h. im Klartext, ob sie von der und durch die Region mitgetragen werden. Dann dürfte es auch nicht mehr ganz so stark verwundern, wenn der Fall auftritt, dass Maßnahmen und/oder Regeln, die sich in einer Region erfolgreich bewährt haben, in einer anderen Region zu keinem Erfolg führen.

Institutionen lassen sich nochmals analytisch unterscheiden und zwar in interne und externe. Diese Unterscheidung ist wichtig, genauso wie ihr Zusammenhang, und darauf komme ich gleich in konkretem Bezug auf die Lausitz wieder zurück. Vorgeschlagen wird zumeist, die Unterscheidung in Hinblick auf die Rolle des Staates bei ihrer Durchsetzung vorzunehmen. Danach sind externe Institutionen all jene, deren Durchsetzung unter Rückgriff auf den Staat und seine Behörden erfolgt (z. B. die Verkehrsregeln). Interne Institutionen sind hingegen solche, wo es keine Sanktion durch den Staat gibt, sondern diese durch die soziale Umgebung erfolgt (Selbstüberwachung oder Überwachung durch andere).

Interessant sind nun die Beziehungen, die sich zwischen internen und externen Institutionen einstellen. Es gibt im Wesentlichen vier Möglichkeiten: Erstens, es liegt eine neutrale Beziehung vor, d. h. verschiedene Bereiche des menschlichen Handelns sind nicht miteinander verflochten. Zweitens, es kann Komplementarität herrschen, d. h. externe und interne Institutionen beschränken das Handeln in ähnlicher Weise und die Einhaltung der Regeln wird sowohl durch den Staat als auch durch Private kontrolliert. Denkbar ist drittens eine substitutive Beziehung, d. h. interne und externe Institutionen können sich wechselseitig ersetzen, die Regeleinhaltung wird entweder staatlich oder privat kontrolliert. Und viertens schließlich die besonders problematische Möglichkeit: Zwischen internen und externen Institutionen liegt ein Konflikt oder sogar ein Widerstreit vor. Die Beachtung einer externen Institution bedeutet den Verstoß gegen eine interne und umgekehrt. Anhänger des institutionenökonomischen Ansatzes gehen nun davon aus, dass die Qualität von Prognosen hinsichtlich künftiger Entwicklungen und dabei insbesondere des Erfolgs von Maßnahmen erheblich verbessert werden könne, wenn Restriktionen, die auf internen Institutionen, d. h. Gewohnheiten, Einstellungen, ethischen Regeln, Werten, Vorstellungen z. B. von Gerechtigkeit oder von Gleichheit usw. beruhen, mehr Berücksichtigung als bisher erfahren.

Ausgangsbedingungen und Perspektiven der Lausitz

Das erste Problem, das wir haben, ist, dass gar nicht recht klar wird, was gemeint ist, wenn von der „Lausitz“ die Rede ist. Die Region ist eigenartig amorph und ihre territoriale Abgrenzung gilt keineswegs als selbstverständlich. Die Schwierigkeiten mögen damit zusammenhängen, dass die Lausitz in zwei Staaten liegt – der Teil der Lausitz, der zur Republik Polen gehört, sollte schließlich nicht vergessen werden – und innerhalb Deutschlands durch die Landesgrenze Brandenburg/Sachsen getrennt ist. Die poli-

tisch-institutionelle Gliederung ist in beiden Bundesländern höchst unterschiedlich: Während die sächsische Oberlausitz nach der Kreisgebietsreform in zwei Landkreisen liegt, verteilt sich die brandenburgische Niederlausitz auf vier Landkreise und die kreisfreie Stadt Cottbus, die alle unterschiedliche Interessen verfolgen und z. T. in offener Rivalität zueinander stehen (z. B. kreisfreie Stadt Cottbus vs. Landkreis Spree-Neiße). Diese externen politischen Institutionen sind nur bedingt kompatibel miteinander und das gegenwärtig vorherrschende institutionelle Arrangement erschwert die Wahrnehmung von außen wie auch die Selbstwahrnehmung als einer Region sowie schließlich die individuelle Identitätsbildung und Identifikation als „Lausitzer“. Hier haben wir ein konkretes Beispiel dafür, wie externe Institutionen sich hinderlich auf die Entwicklung von internen auswirken – in diesem Fall hinsichtlich der Selbstwahrnehmung und der Identifikation.

Damit haben wir auch einen ersten und in seinen Auswirkungen durchaus erheblichen Unterschied zur von Christian Wille und Malte Helfer beschriebenen „Großregion“.⁵ Die Lausitz ist eine über Jahrhunderte gewachsene Region, deren geographische und administrative Form immer wieder durch politische Ereignisse, insbesondere als Ergebnis des Zweiten Weltkriegs, drastisch verändert worden ist. Damit gehen immer wieder Anpassungserfordernisse und Anpassungsschwierigkeiten einher. Einmal mehr zeigt sich, dass regionale Identität und auf der Mikroebene die Identifikation der Bewohner mit ihrer Region nicht etwa einen klar abgrenzbaren und beschreibbaren Zustand darstellen, sondern einen kulturhistorischen Prozess mit vielen Facetten, von denen die Dimension der Ökonomie zwar ohne Zweifel eine wichtige, keineswegs aber das einzige Moment von Bedeutung bildet. Mithin haben wir es mit einem flüssigen Gegenstand zu tun, der sich dem festen Zugriff immer wieder entzieht.

Demgegenüber stellt die ‚Großregion‘ im Vierländereck Deutschland-Frankreich-Luxemburg-Belgien eine in historisch kurzer Zeit bewusst geplante und geschaffene Region dar – Wille und Helfer beschreiben sie deshalb auch als „grenzüberschreitende europäische Kooperationsregion“. Auffällig ist dabei, dass das Gebiet bisher offenbar keinen eigenen identitätsstiftenden Namen bekommen hat. ‚Großregion‘ ist dafür kaum geeignet, da es sich um einen in erster Linie technischen Begriff handelt, der keine emotionalen Bindungen auszulösen vermag bzw. sich als Projektionsfläche für Identität eignet. Die Dominanz der ökonomischen Motivation zur Etablierung eines solchen Kooperationsverbundes liegt auf der Hand, denn die hier aneinandergrenzenden Territorien der vier Staaten sahen sich seit den 1950er-Jahren mit den gleichen wirtschaftlichen Herausforderungen konfrontiert. Die klassischen Industrien und mit ihnen ihr Identifikationspotenzial gerieten unter erheblichen Druck, der einen Strukturwandel erzwang. Diesen Strukturwandel grenzüberschreitend gemeinsam zu gestalten, war ökonomisch rational und ließ sogar alte Rivalitäten (vor allem zwischen Deutschland und Frankreich) in den Hintergrund treten. Insofern liegt der wesentliche Unterschied zwischen der Lausitz und der ‚Großregion‘ darin, dass wir es einmal mit einer über Jahrhunderte historisch gewachsenen und vor allem immer wieder politisch überformten Kulturregion (Lausitz) und zum anderen mit einem in historisch kurzer Zeit absichtsvoll geplanten, in erster Linie zur Bewältigung gemeinsamer wirtschaftlicher Probleme begründeten Zweckbündnis (Großregion) zu tun haben.

⁵ Christian Wille/Malte Helfer, Wirtschaftliche Transformationsprozesse und soziokulturelle Implikationen in der Großregion, in diesem Heft.

Hinsichtlich der Ausgangsbedingungen für eine zukunftsorientierte Entwicklung stehen die Zeichen für die Lausitz nach den ökonomischen Indikatoren im engeren Sinne (BIP je Einwohner, Arbeitslosigkeit, Wachstumsraten) eher schlecht. Hier zeigt sich ein weiterer dramatischer Unterschied zur ‚Großregion‘. Auch wenn in der Lausitz vom Strukturwandel die Rede ist, hat die Lausitz, und insbesondere die brandenburgische Niederlausitz, keinen Strukturwandel erlebt, sondern einen abrupten Strukturabbruch innerhalb weniger Jahre. Wandel hätte hier bedeutet, dass die – nach Joseph Schumpeters Modell von der „schöpferischen Zerstörung“ – überholten Industrien von anderen, innovativeren abgelöst werden. Mit den neuen Beschäftigungsmöglichkeiten wären auch neue Identifikationsangebote verbunden gewesen. Tatsächlich aber sind komplette Wirtschaftszweige, die das Gesicht der Lausitz lange Zeit geprägt haben, wie die Textil- oder die Glasindustrie, verschwunden, ohne dass es nennenswerten Ersatz gegeben hätte. In der Folge hat sich die im brandenburgischen Teil der Lausitz ohnehin schon einseitige Wirtschaftsstruktur weiter zugunsten der Braunkohlenwirtschaft verschoben, die inzwischen die Region klar dominiert, was zu recht problematischen Abhängigkeitsverhältnissen auch in anderen Bereichen des Lebens führt. Für einen dynamischen Wandel, für die Prosperität einer Region sind jedoch vielfältige wirtschaftliche Strukturen eine wichtige Bedingung. Wirtschaftliche Diversität und Kreativität – und damit Zukunftsfähigkeit – bedingen einander, von den Akteuren der ‚Großregion‘ ist dieser Zusammenhang offenbar klar erkannt und das institutionelle Arrangement konsequent daran ausgerichtet worden. In der Lausitz hingegen steht diese Erkenntnis und vor allem sich daran orientierendes praktisch-gestaltendes Handeln weitgehend aus. Die Ankündigung weiterer Tagebaue mag auf den ersten Blick positiv klingen, weil sie die Sicherung von Arbeitsplätzen verheißt. Auf den zweiten Blick aber zeigt sich, dass durch solche Maßnahmen die Probleme der Region weiter verschärft und der nötigen Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur buchstäblich Steine in den Weg gelegt werden. Denn schon die bloße Ankündigung, dass sich in x Jahren eine bestimmte Teilregion in einen neuen Tagebau verwandeln könnte, wirkt sich institutionenökonomisch betrachtet sofort als negativer Eingriff in die Eigentumsrechte aus. Folglich unterbleiben Investitionen⁶, die Infrastruktur wird vernachlässigt und die Anreize, die Region zu verlassen, werden erheblich verstärkt. In den Niederlausitzer Dörfern Atterwasch, Grabko und Kerkwitz lassen sich diese Zusammenhänge derzeit geradezu modellhaft empirisch studieren.

Die traditionelle Wirtschaftswissenschaft steckt an solchen Stellen allerdings in einem Dilemma. Sie hat ein fundamentales Wahrnehmungs-, Messungs- und Darstellungsproblem: Während der Erhalt z. B. von Arbeitsplätzen in der Kohle fast eindeutig messbar und in einer Zahl ausdrückbar ist, sind die unterbliebenen Investitionen, die Wohlfahrtsverluste für die Region durch die Wegzüge, die Folgen der Verstärkung der Alterung der Bevölkerung, die Verluste von Investitionen in Bildung, die Folgen der weiteren Verstärkung der Monostruktur usw. nicht eindeutig zu beziffern. Allenfalls Schätzungen und Wahrscheinlichkeiten können vorgenommen bzw. angegeben werden. Dies verführt dann schnell dazu, diese andere Seite der Medaille nicht ernst zu nehmen und entsprechende Einwände als unbegründet – da nicht genügend durch Zahlen belegbar – abzuweisen. Das Problem ist, dass traditionelle Wirtschaftstheoretiker (und die

⁶ Heike Holdinghausen, Braunkohle oder Schokolade. – Seit Anfang der 90er-Jahre betreiben Goedele Matthyssen und Peter Bienstman in der Lausitz eine Schokoladen-Manufaktur – und sehen jetzt ihr Lebenswerk vom Tagebau bedroht, in: *taz – die tageszeitung*, 12. Februar 2008.

ihren Lehren folgenden politischen Entscheidungsträger) nur das für ‚wirklich‘ ansehen, was messbar und in Zahlen ausdrückbar ist. (Diktum von Lord Kelvin: „If you cannot express it in numbers, your knowledge is of a meagre and unsatisfactory kind.“) Hieran lässt sich unmittelbar eine praktisch-problematische Wirkung des von Paul Krugman so leidenschaftlich kritisierten quantitativen Musters der Wirtschaftstheorie ablesen.

Der rasche Strukturabbruch in der Lausitz hat zu einer überproportionalen Verarmung der Haushalte in der Region geführt. Nach dem im vergangenen Jahr erstmalig veröffentlichten Armutsatlas Deutschland rangiert die Lausitz mit ca. 18 Prozent als arm eingestuft Haushalten (Grenze: 764 Euro) am unteren Ende. Die detaillierte Analyse zeigt, dass zwei der auch im Vergleich ostdeutscher Regionen ärmsten Kommunen in der Lausitz liegen: die Stadt Weißwasser in der Ober- und der Elbe-Elster-Kreis (Herzberg) in der Niederlausitz – mit einem Anteil an armen Haushalten von weit über 20 Prozent.

Die Erfahrung des Strukturabbruchs hat ohne Zweifel Folgen auch für die zuvor so bezeichneten internen Institutionen – d. h. für die Selbst- und Umweltwahrnehmung. Wenn wirtschaftliche Veränderungen in einem solchen Umfang Armut mit sich bringen, dann tradiert sich eine skeptische bis offen ablehnende Haltung gegenüber allen weiteren Bemühungen um Veränderung. Ankündigungen, Ideen und Projekten wird kein Glauben geschenkt, der Satz „Das wird doch eh wieder nichts“ ist in der Lausitz sehr oft – zu oft – zu hören. Eigene Anstrengungen zu unternehmen und damit auch Risiken einzugehen, um die persönliche Situation zu verbessern, werden von vornherein als vergeblich eingeschätzt.

Für Innovationen sind das keine guten mentalen Voraussetzungen. Wer sich in dieser Mischung aus Apathie, Lethargie und Selbstmitleid nicht einrichten mag, verlässt die Region. Gerade die beiden schon genannten Kommunen mit dem höchsten Armutsindex, Weißwasser und der Elbe-Elster-Kreis, haben den höchsten Einwohnerverlust erlitten. Hier sind es vor allem überdurchschnittlich gut ausgebildete junge Frauen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren, die die Region dauerhaft verlassen. Dass dies nichts Gutes für die Zukunft bedeuten kann, liegt unmittelbar auf der Hand.

Um junge Leute in der Region zu halten oder sie hierher zu ziehen, sind Institutionen nötig, die geistige und soziale Mobilität fördern. Dazu zählen vor allem Hochschuleinrichtungen. Die Lausitz ist damit gar nicht so schlecht bestückt: Mit der BTU Cottbus haben wir eine Universität, mit der Hochschule Lausitz in Senftenberg und Cottbus und mit der Hochschule Zittau/Görlitz zwei Fachhochschulen. Es zeigt sich seit Längerem, dass vor allem die Cottbuser Universität in der Lage ist, junge Leute in Größenordnungen in die Region zu holen, auch wenn dies nicht immer ganz freiwillig geschieht, etwa dann, wenn es an der Berliner Wunschuniversität keinen Studienplatz gibt. Im Bachelor-Studiengang „Kultur und Technik“, für den ich an der BTU verantwortlich bin, kommen inzwischen ca. 70 Prozent der Studierenden aus Berlin. Viele pendeln und wollen die Region so schnell wie möglich wieder verlassen – viele sind aber auch nach Cottbus gezogen, bereichern mit eigenen Projekten inzwischen das Kulturleben der Stadt und engagieren sich in den Gremien der Universität. Es wird von diesen Studierenden als sehr positiv wahrgenommen, dass es in der Lausitz so viele offene Gestaltungsräume und dabei wenig Konkurrenz gibt. Diesen Trend gilt es aus institutionenökonomischer Sicht zu stabilisieren. Dem stehen der Personalabbau und damit die Verminderung der Möglichkeiten, mit den Studierenden auch außerhalb des Studienpflichtprogramms Projekte in und für die Region zu entwickeln, jedoch leider eindeutig entgegen.

Wenn die Lausitz eine Region sein möchte, die sich durch dynamischen Wandel auszeichnet, dann setzt dies voraus, dass ihre Bewohner sich ihrer Wurzeln bewusst sind. Der Satz „Zukunft braucht Herkunft“ ist eben nicht nur eine belanglose Floskel. Dazu gehört auch, dass die bi-kulturelle, die sorbisch-deutsche Prägung der Lausitz bekannt ist und bewusst gelebt wird. Hier gibt es eindeutig enorme Defizite – was andersherum betrachtet aber auch ein enormes Potenzial verheißt. Regionen, die Zweisprachigkeit tatsächlich im Alltag leben, zeichnen sich insgesamt durch eine höhere Kreativität aus – wie auch erwiesen ist, dass eine zweisprachige Erziehung die kognitiven Fähigkeiten eines Menschen erheblich verbessert. Die Dynamik der ‚Großregion‘, die Wille und Helfer so eindrucksvoll beschrieben haben, verdankt sich ohne Zweifel auch der Vielsprachigkeit ihrer Bewohner. Das Eintauchen in eine zunächst noch fremde Sprachumgebung bedeutet auch eine verstärkte Bewusstwerdung der eigenen Identität. Und wenn der eigene kulturelle Ort bekannt und als gesichert wahrgenommen wird, dann lässt sich von dieser Basis aus leichter ein offener Umgang mit dem Fremden pflegen, der sich nach und nach dem eigenen anverwandelt und so Bestandteil des eigenen Selbstbildes werden kann. Hier haben wir eine Stelle, wo Sorben deutlich aktiv und wahrnehmbar werden müssen. Inzwischen gibt es – etwa durch die Euroregionen als formale Institutionen – durchaus gute Voraussetzungen dafür.

Ich habe eingangs dargestellt, dass die Lausitz von vielen Grenzen durchzogen ist – von einer Staatsgrenze, einer Landesgrenze und vielen Kreisgrenzen. Nun können wir diese Grenzen nicht ohne Weiteres abschaffen, aber wir können unsere Einstellung zu ihnen verändern. Bislang wird eine Grenze meist als etwas Trennendes verstanden. Wir stehen vor der Aufgabe, das Verbindende zu sehen, ein Blick auf die ‚Großregion‘ kann zeigen, dass es Beispiele und Regionen gibt, in denen dies sehr erfolgreich gelingt. Auch dabei kommt den Sorben eine wichtige Rolle zu, denn jeder Sorbe ist schon mit seiner Geburt von Grenzen durchzogen, muss sie fortan ständig überschreiten und die verschiedenen Seiten seiner spannungsvollen Identität vermitteln. Sorben sind damit in besonderer Weise „grenz-kompetent“ und sollten diese Kompetenz offensiv einbringen. Aber auch dieses andere Verhältnis zu Grenzen setzt historisches Bewusstsein voraus. Auch dazu ein konkretes Projekt: Gemeinsam mit dem Lehrstuhl Mikroökonomik der BTU und dem Soziologischen Institut der Universität Zielona Góra bearbeiten wir ein Langzeitprojekt mit dem Titel „Tradycja w procesie przemian/Kompetencja za przyszłość“. Sowohl im brandenburgischen Teil der Lausitz als auch im polnischen in der Wojewodschaft Lubuskie werden mit umfangreichen Fragebögen Daten zum Wissen um das Erbe der Region und um das eigene Selbstverständnis und die Haltung zur Region erhoben. Wir stehen zwar noch am Anfang der Untersuchung, aber die ersten Auswertungen zeigen schon jetzt, dass die polnischen Nachbarn weitaus mehr von uns wissen, als wir von ihnen. Für viele Befragten auf der Brandenburger Seite hört die Lausitz an der Neiße schlicht auf. Hier zeigt sich die Notwendigkeit, Beziehungen zu knüpfen – auch dabei können/müssen die Sorben mit ihrem tiefen Vorverständnis für slawische Kulturen und deren Eigenheiten einen Beitrag zum Abbau von Mobilitätshindernissen leisten.

Warum ist das wichtig? Die europäische Integration läuft hinaus auf ein „Europa der Regionen“, während die Bedeutung des Nationalstaats zurücktritt. Dabei kommt es auch auf die Größe und die Einwohnerzahl der Region an. Allein der brandenburgisch-sächsische Teil der Lausitz ist zu klein. Eine deutsch-sorbisch-polnische Lausitz hingegen, mit Anschluss an das Dreiländereck mit Tschechien, hätte jedoch genügend Potenzial. Auch für ein solches institutionelles Arrangement kann die Vier-Länder- ‚Großregion‘ eine interessante Vorbildwirkung und jede Menge Anregungen entfalten.

Allerdings müssen wir in der Lausitz Abstriche machen: Die Bevölkerungszahlen und -dichte, die in der ‚Großregion‘ gegeben sind, können wir nicht erreichen und damit auch nicht die wirtschaftliche und kulturelle Dynamik. Mit etwa zwei Millionen Bewohnern ist die deutsch-sorbisch-polnisch-tschechische Lausitz aber wettbewerbsfähig, wenn es ihr gelingt, die Anschlüsse zu den umliegenden Ballungsräumen und Großstädten zu halten und die darin liegenden Entwicklungspotenziale zu nutzen.

So sieht der ‚resultierende Vektor‘ der Betrachtung durchaus verhalten positiv aus: Wir haben eine vielsprachige Region, die von mindestens drei Kulturen geprägt ist, wir nehmen die Unterschiede nicht als Bedrohung, sondern als Bereicherung wahr. Es wird zwar auf absehbare Zeit einen weiteren Bevölkerungsrückgang geben, die hier Lebenden genießen aber eine hohe Lebensqualität, wenn sie die sich ihnen bietenden weiten Freiräume intelligent und leidenschaftlich zugleich nutzen. Die Lausitz trauert ihrer vergangenen industriellen Bedeutung nicht mehr nach, sondern stellt sich dienstleistungsorientiert neu auf und platziert sich bewusst zwischen den Ballungsräumen Berlin, Dresden, Wrocław und Prag, sie ist innovativ und tolerant, macht etwas aus ihren Grenzen. Im ‚Europa der Regionen‘ wird die Lausitz ganz sicher nicht in der ersten Reihe stehen – dort finden wir die ‚Großregion‘. Auch nicht in der zweiten. Aber für die dritte Reihe sollte es reichen.

Zusammenfassung

Bei der ‚Neuen Institutionenökonomik‘ handelt es sich um eine noch recht junge Strömung der Wirtschaftstheorie, die den Anspruch erhebt, Fragen der Entwicklung und Gestaltung von Regionen weitaus umfassender zu behandeln, als dies in der traditionellen Ökonomik der Fall ist. Ausgangspunkt des Ansatzes ist der Umstand, dass Institutionen und institutionelle Arrangements auf das Wachstum und die Entwicklungsmöglichkeiten einer Region mehr als nur beiläufige Auswirkungen haben. „Entwicklung“ und „Wachstum“ werden dabei nicht nur als quantitatives wirtschaftliches Wachstum verstanden, sondern als eine Entwicklung im umfassenden kulturellen Sinne, wobei der Wirtschaftsentwicklung zweifellos eine wichtige Rolle zugeschrieben wird. Dieser weite Entwicklungs- und Wachstumsbegriff ist möglich, da der Institutionenbegriff über die wirtschaftliche Sphäre im engeren Sinne hinaus erweitert wird und auch informelle Institutionen wie Traditionen und Traditionsverständnis, kulturelle Prägungen und tradierte Haltungen, Mentalitäten, Wahrnehmung von Landschaft sowie das Handeln zumindest beeinflussende emotionale Bindungen einbezogen werden.

In Hinblick auf die Beantwortung der Frage nach den Perspektiven der Lausitz halte ich den institutionenökonomischen Ansatz für durchaus leistungsfähig, da er Zusammenhänge aufzuzeigen in der Lage ist, die enger geschnittenen wirtschaftswissenschaftlichen Perspektiven verborgen bleiben. Der Beitrag skizziert daher eingangs kurz die mir wesentlich erscheinenden Elemente der Neuen Institutionenökonomik als einer kulturwissenschaftlich orientierten Volkswirtschaftslehre. Im Hauptteil geht es darum, das institutionelle Gefüge der Lausitz und insbesondere die bestehenden Konfliktlinien und Widersprüche sichtbar zu machen. Schließlich wird eine Antwort formuliert, ob die Lausitz Perspektiven und Chancen hat, eine Antwort, die verhalten positiv ausfällt.